

Steigende Abgaben, stagnierende Einkommen: Wie wird der Mittelstand betroffen?

Literaturanalyse

Im Auftrag des VSAM –
Verband Schweizerischer Angestelltenvereine der Maschinen- und Elektroindustrie

Theres Egger, Kilian Künzi

Bern, April 2005

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Das Wichtigste auf einen Blick	II
1 Steigende Abgaben und stagnierende Reallöhne: Wer ist betroffen?	1
2 Wer gehört zum Mittelstand?	2
3 Was bleibt übrig? Die Entwicklung der verfügbaren Einkommen	4
4 Wie haben sich die Haushaltseinkommen im Mittelstand entwickelt?	6
5 Wird der Mittelstand durch Abgaben überbelastet?	11
6 Bilanz und Blick in die Zukunft	17
7 Glossar	19
8 Literaturverzeichnis	20

Das Wichtigste auf einen Blick

Den Schweizer Mittelstandshaushalten verblieb im Jahr 2001 nach Abzug der Zwangsabgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) und der periodischen Ausgaben (Miete, Hypothekarzinse, Privatversicherungsprämien) nicht mehr Geld für Lebenshaltung, Konsum und Freizeit als noch 1990, trotz einem leicht gestiegenen Bruttoeinkommen. Gegenüber dem Jahr 1998 hat das frei verfügbare Einkommen in den Haushalten des unteren und oberen Mittelstandes jedoch wiederum zugenommen.

Welches frei verfügbare Einkommen einem Mittelstandshaushalt nach dem Begleichen von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und weiteren finanziellen Verpflichtungen verbleibt, hängt zunächst vom Einkommen ab, das in die Haushalte fließt. Die Bruttoeinkommen der Mittelstandshaushalte sind im Zeitraum von 1990 bis 2001 unterdurchschnittlich gewachsen. Zu verdanken haben die Haushalte das Wachstum in erster Linie den Transfereinkommen, während das Erwerbseinkommen – anders als in den armen und den reichen Haushalten – kaum zum Wachstum beitragen können. Betrachtet man die Lohnentwicklung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, so stellt man fest, dass die mittleren Einkommen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre weniger an Kaufkraft zugelegt haben, als die hohen Einkommen und auch die tiefsten Einkommen.

Betrachtet man die Ausgabenseite im Zeitraum von 1990 bis 2001, so hat die Belastung der unteren und oberen Mittelstandseinkommen durch Zwangsabgaben trotz tieferer direkten Steuern zugenommen, dies aufgrund der gestiegenen Beiträge an die Sozialversicherungen. Zugenommen haben gleichzeitig auch die Ausgaben für das Wohnen und für private Versicherungen, wie etwa die Zusatzversicherung der Krankenversicherung. Vergleicht man die Entwicklung der Belastung der Haushalteinkommen, so sind es nicht die Mittelstandshaushalte, bei denen die Last durch Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und periodische Ausgaben am stärksten zugenommen hat, sondern die armen Haushalte. Bei den reichsten Haushalten hat die Belastung des Einkommens minim abgenommen.

Wenn den Haushalten des Mittelstandes heute nicht mehr Geld für Konsum und Freizeit verbleibt als 1990, so hängt dies damit zusammen, dass die Einkommen dieser Haushalte nicht haben Schritt halten können mit dem Ausgabenwachstum.

Quelle: Müller et al. 2004

1 Steigende Abgaben und stagnierende Reallöhne: Wer ist betroffen?

Im Zeitraum von 1970 bis 2001 ist der Anteil der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge am schweizerischen Bruttoinlandprodukt (BIP) um 46 Prozent gestiegen, von 23.8 auf 34.7 Prozent. Der Anstieg der Fiskalquote geht hauptsächlich auf die Beiträge an die Sozialversicherungen zurück, deren Anteil am BIP von 5.6 Prozent auf 12 Prozent angestiegen ist (EFD 2003). Im selben Zeitraum sind die realen Einkommen jährlich lediglich um rund 1.2 Prozent gewachsen. Angesichts dieser Entwicklung liegt die Frage nahe: Wen treffen die steigenden Abgaben und stagnierenden Reallöhne?

Folgt man der öffentlichen bzw. der veröffentlichten Meinung sind die Folgen dieser Entwicklung klar: «Der Mittelstand wird ausgepresst» (SVP Pressedienst vom 17.02.2003) und «die Schmerzgrenze für den Mittelstand ist erreicht». Es wurde gar schon ein «Nachruf auf den Mittelstand» verfasst (FDP Pressedienst 17.06.2004). Der VSAM stellt vor diesem Hintergrund konkrete Fragen zur Situation des Mittelstandes, welche die Bevölkerungsmehrheit in diesem Land bildet.

- Wie hat sich der Mittelstand in den letzten Jahren entwickelt und wie sieht seine Zukunft aus?
- Sind die mittleren Einkommen weniger stark gestiegen als die hohen oder auch die tiefen Einkommen?
- Kann man feststellen, dass der Mittelstand immer mehr über Steuern und Gebühren belastet wird?
- Was bleibt nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie Fixkosten wie Mieten und Krankenkassenprämien noch übrig? Was kann man sich noch leisten im Vergleich zu früher?

Diese Fragen sollen in Rahmen einer Literaturanalyse anhand von bestehenden Studien möglichst weitgehend beantwortet werden.

Was sagt die Forschung?

Die Herausforderung an eine Studie, welche den Gesamteffekt der Wirtschaftsentwicklung und der sozialstaatlichen Umverteilung auf die Haushalte des Mittelstandes aufzeigen will, besteht darin, sowohl alle einkommensrelevanten als auch alle ausgabenrelevanten Faktoren zu erfassen und die durch steuer- und sozialpolitische Massnahmen bewirkten Überwälzungsprozesse anhand plausibler Modelle nachzuzeichnen. Seit den 1980er Jahren haben sich verschiedene Studien der Untersuchung einzelner dieser Aspekte angenommen (siehe Literaturverzeichnis). Leider existiert keine Studie neueren Datums, welche die gesamte Umverteilungswirkung des Steuersystems von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie des Systems der Sozialen Sicherung auf die Haushalte des Mittelstandes zu dokumentieren vermag.¹ Politische Aussagen zur Situation des Mittelstandes basieren so letztlich immer auf der Untersuchung von Teilbereichen der realen Situation des Mittelstandes.

Die aktuellsten Studien, welche die Verteilung des Wohlstands in der Schweiz seit Anfang der 1990er Jahre aus einem breiten Blickwinkel untersuchen, wurden im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (Müller et al. 2002) und der Eidgenössischen Steuerverwaltung (Müller et al. 2004) vom Büro ecoplan erarbeitet. Die Untersuchungen berücksichtigen insbesondere die gesamte Bandbreite der Haushalte nach Lebensstandard, die Einkommens- als auch die Ausgabenseite und trennen zwischen Erwerbs- und Rentnerhaushalten. Die Studien fokussieren allerdings nicht spezifisch auf die mittleren Einkommen. Im Rahmen der Literaturanalyse haben wir daher die erkenntnisreiche Studie von Müller et al. (2004) zuhanden des VSAM hinsichtlich der Ergebnisse zur Situation der Mittelschichtshaushalte ausgewertet. Weiter wurden die im Literaturverzeichnis aufgeführten Untersuchungen zur Beantwortung der Fragen des VSAM herangezogen.

¹ Die bestehenden Studien zur Budgetinzidenz spiegeln die Situation in den Jahren 1980 (Leu, Frey & Buhmann 1988) und 1992 (Hauser et al. 1994).

2 Wer gehört zum Mittelstand?

Wenn in der aktuellen öffentlichen und politischen Auseinandersetzung über die Situation des Mittelstandes debattiert wird, bleibt die Umschreibung häufig wage, wer denn eigentlich zum Mittelstand gehört. Nach einer gängigen allgemeinen Umschreibung sind dies all jene Haushalte in der Schweiz, die ihren Unterhalt selbständig bestreiten können und trotzdem nicht vermögend sind. Selbständig meint dabei für gewöhnlich, dass ein Haushalt den Lebensunterhalt ohne Gewährung von bedarfsabhängigen Sozialleistungen bestreiten kann. Weniger konkret sind Aussagen dazu, aufgrund welcher Merkmale und bis zu welchem Punkt ein Haushalt als nicht vermögend einzustufen ist.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die materielle Belastung des Mittelstandes ist es durchaus sinnvoll, den Mittelstand über seinen effektiven finanziellen Handlungsspielraum zu definieren.² Dabei ist nicht nur das Arbeitseinkommen zu berücksichtigen, sondern das gesamte Haushalteinkommen, das auch die Beiträge aus der sozialen Sicherung und Vermögenserträge beinhaltet.

Zum Mittelstand gehören nach der Definition des VSAM Einpersonen-Erwerbshaushalte mit einem jährlichen Gesamteinkommen zwischen 50'000 und 80'000 Franken. Dies entspricht einem Bruttoeinkommen zwischen 105'000 und 168'000 Franken für einen Paarhaushalt mit zwei schulpflichtigen Kindern.

Tabelle 1: Mittelstandseinkommen nach Definition des VSAM nach Haushaltgruppen in CHF

	Äquivalenzwert	Untere Einkommensgrenze	Obere Einkommensgrenze
Einpersonenhaushalt / Äquivalenzperson	1.0	50'000	80'000
Alleinerziehend mit 1 Kind	1.3	65'000	104'000
Paar ohne Kinder	1.5	75'000	120'000
Paar mit 1 Kind	1.8	90'000	144'000
Paar mit 2 Kindern	2.1	105'000	168'000
Paar mit 3 Kindern	2.4	120'000	192'000

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf OECD-Äquivalenzskala; Kinder unter 14 Jahren.

Natürlich umfasst der Mittelstand auch Rentnerhaushalte. Unsere Untersuchung beschränkt sich jedoch auf die Erwerbshaushalte des Mittelstandes, d.h. Haushalte deren Referenzperson³ das AHV-Alter noch nicht erreicht hat. Die Mehrheit dieser Erwerbshaushalte sind erwerbstätige Haushalte, es kann aber auch sein, dass die Referenzperson arbeitslos oder aus anderen Gründen, bspw. einer Invalidität, nicht erwerbstätig ist.

² Der Mittelstand wird in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion auch über Aspekte wie Werthaltungen oder nicht-materielle Ressourcen beschrieben. Die Armutsforschung unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen einem Ressourcen- und einem Lebenslagenkonzept (u.a. Leu, Burri & Priester 1997). Das Lebenslagenkonzept berücksichtigt auch nicht-materielle Ressourcen, wie etwa Bildung und beschreibt den Mittelstand anhand von Indikatoren wie Arbeits- und Wohnsituation, Gesundheit, Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sowie über die subjektive Einschätzung derjenigen, die sich zum Mittelstand zählen.

³ Bei der Referenzperson handelt es sich um diejenige Person, die durch ein Erwerbseinkommen oder ein Transfereinkommen (Arbeitslosentaggelder, IV-Rente etc.) den grössten Teil zum Haushalteinkommen beiträgt.

Absolute und relative Konzepte des Mittelstandes

In der wissenschaftlichen Analyse werden die Mittelstandshaushalte aus methodischen Gründen nicht über ein festgelegtes Einkommen, sondern für gewöhnlich über Anteile (bspw. Dezile, Quintile) in einer Einkommensverteilung definiert. Als Mittelschicht oder Mittelstand wird oft die Mehrheit der Haushalte bezeichnet, die zwischen den 20 Prozent einkommensschwächsten und den 20 Prozent reichsten Haushalten liegen.⁴

Wir verwenden beim Zusammentragen der Resultate aus den unterschiedlichen Studien folgende Gliederung der Haushalte:

Tabelle 2: Einteilung der Haushalte nach Einkommen

	Dezile	Quintile
Arme Haushalte	1. und 2. Dezil	1. Quintil
Unterer Mittelstand	3. bis 5. Dezil	2. Quintil
Mittlerer Mittelstand	-	3. Quintil
Oberer Mittelstand	6. bis 8. Dezil	4. Quintil
Reiche Haushalte	9. und 10. Dezil	5. Quintil

Quelle: Eigene Darstellung.

Ein direkter Vergleich zwischen den mittleren Einkommen nach Definition des VSAM (Bruttoeinkommen zwischen 50'000 und 80'000 Franken in einem Einpersonenhaushalt) und den in verschiedenen Studien nach einem relativen Konzept ermittelten Mittelstandseinkommen ist nur annäherungsweise möglich. Meistens werden in den Untersuchungen nicht untere und obere Einkommensgrenzen für die Mittelstandshaushalte ausgewiesen (Dezil-, Quintilsgrenzen), sondern die Median- oder Durchschnittseinkommen.

Basierend auf der Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998 (EVE 1998) haben Künzi & Schärer (2004) Einkommensgrenzen berechnet. Ein Schweizer Mittelstandshaushalt (2. bis 4. Quintil) wies damals ein Äquivalenz-Bruttoeinkommen zwischen 42'600 Franken (untere Grenze) und 100'500 Franken (obere Grenze) aus. Dieses Einkommen lässt sich allerdings nur bedingt dem Mittelstandseinkommen nach Definition des VSAM gegenüberstellen, da Künzi & Schärer alle Haushalte (einschliesslich der Rentnerhaushalte) und das Brutto-Bruttoeinkommen (einschliesslich der Arbeitgeberbeiträge auf den Sozialabgaben) einbeziehen.⁵ Müller et al. (2004) weisen basierend auf der EVE 2001 das *durchschnittliche* Äquivalenz-Bruttoeinkommen der Erwerbshaushalte aus. Das Durchschnittseinkommen beträgt im unteren Mittelstand rund 54'500 Franken, im oberen Mittelstand rund 76'000 Franken. Die untere Einkommensgrenze nach Definition des VSAM (50'000 Franken) liegt demnach etwas unterhalb des unteren Durchschnittswertes, die obere Grenze (80'000 Franken) etwas oberhalb des real ermittelten oberen Durchschnittswertes.

⁴ Als Basis für eine politische Definition des Mittelstandes, verstanden als eine Gesellschaftsgruppe, welche sich in einem bestimmten Wohlstandsspektrum bewegt, eignet es sich das Konzept der relativen Einkommensgrenzen nur bedingt. Es kann auch problematisch sein, diese Konzepte in der politischen Argumentation zu verwenden, da es immer einen vorbestimmten Bevölkerungsanteil gibt, der dem Konzept gemäss arm bleibt, ungeachtet dessen, wie sich die wirtschaftliche Situation dieser Gruppe verändert und welche sozialpolitischen Massnahmen getroffen werden (vgl. Leu, Burri & Priester 1997, 13).

⁵ Künzi & Schärer (2004) verwenden in ihrer Untersuchung ausserdem die Äquivalenzskala von Gerfin & Wanzenried (2001).

3 Was bleibt übrig? Die Entwicklung der verfügbaren Einkommen

An den Anfang stellen wir die Frage, was am Ende noch übrig bleibt und wie sich die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte nach Abzug der Zwangsabgaben und fixen Ausgaben entwickelt haben. Im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung haben Müller et al. (2004) diese Frage für die Jahre 1990 bis 2001 untersucht. Sie haben hierfür die Daten der Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE) der Jahre 1990, 1998, 2000 und 2001 ausgewertet. Für die Erwerbshaushalte des Mittelstands lässt sich daraus Folgendes bilanzieren:

Das **Brutto-Einkommen** ist in allen Erwerbshaushalten zwischen 1990 und 2001 gestiegen. Wie aus *Abbildung 1* ersichtlich wird, weisen die Haushalte des Mittelstands mit jährlichen Wachstumsraten von 0.7 bzw. 0.5 Prozent eine unterdurchschnittliche Zunahme auf. Das Wachstum des Bruttoeinkommens in der Mittelschicht lässt sich zum grössten Teil auf die Zunahme des Transfereinkommens, also von Sozialleistungen wie Kinderzulagen, Arbeitslosentaggeldern, Prämienvergünstigungen etc. zurückführen, während das Erwerbseinkommen kaum zugenommen hat. Die armen Haushalte verdanken das Wachstum in erster Linie dem gestiegenen Erwerbseinkommen, die reichsten Haushalte dem gestiegenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

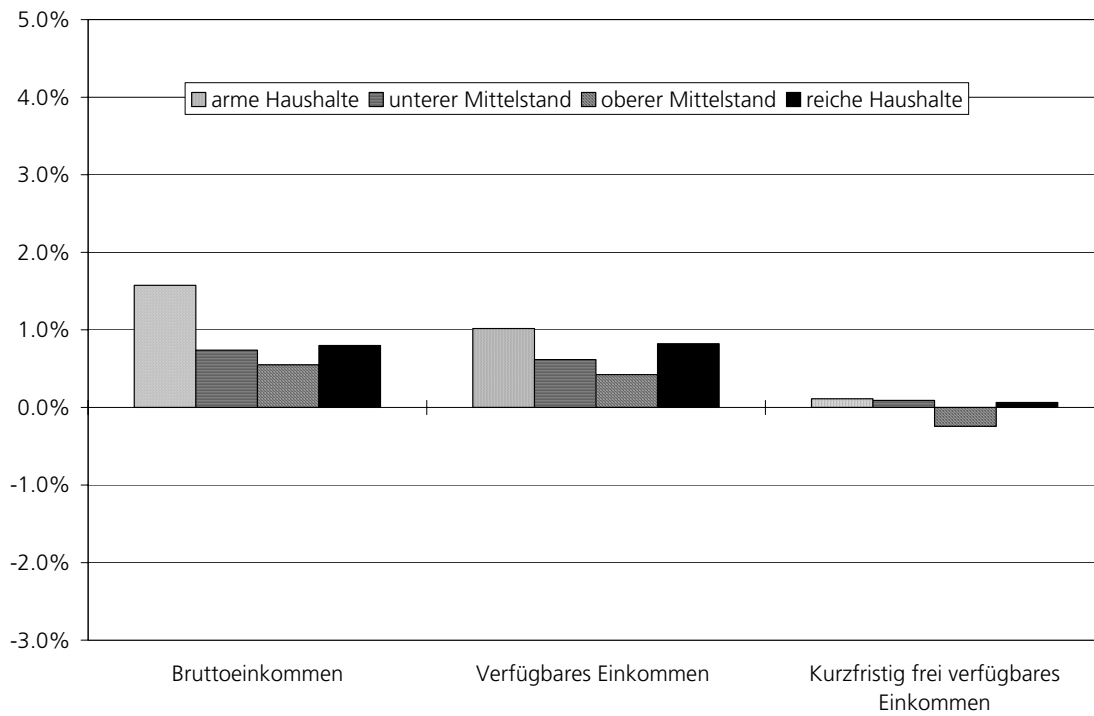
Das nach Abzug der direkten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge **verfügbare Einkommen** ist ebenfalls in allen Haushalten gestiegen, obwohl es nicht in dem Mass gewachsen ist, wie das Bruttoeinkommen (*Abbildung 1*). Die Erklärung finden die Forscher bei den höheren Zwangsabgaben (Steuern und Sozialabgaben). Die Zunahme des verfügbaren Einkommens in den Mittelstandshaushalten ist mit jährlichen Wachstumsraten von 0.6 und 0.4 Prozent ebenfalls unterdurchschnittlich. Am stärksten gewachsen ist das verfügbare Einkommen im ärmsten Fünftel der Haushalte, aber auch die reichen Haushalte haben stärker zugelegt als der Mittelstand.

Während das verfügbare Einkommen global gestiegen ist, konstatieren Müller et al. (2004, 29) beim **kurzfristig frei verfügbaren Einkommen** ein «Treten an Ort». Insbesondere steigende Mieten und Hypothekarzinsen haben dazu geführt, dass heute in den Haushalten nicht mehr Geld für Lebenshaltung, Konsum und Freizeit zur freien Verfügung steht, als 1990. Aus *Abbildung 1* geht hervor, dass es im oberen Mittelstand etwas weniger ist als noch 1990. *Abbildung 2* illustriert, dass dies insbesondere das oberste Drittel der Haushalte des oberen Mittelstands betrifft.

Die Darstellung ermöglicht ebenfalls ein nach Entwicklungsperioden differenziertes Bild. In der durch eine anhaltende Rezession geprägten Periode von 1990 bis 1998 waren alle Mittelstandshaushalte von einem Rückgang des frei verfügbaren Einkommens betroffen, die des unteren Mittelstandes stärker als die des oberen Mittelstandes. Seit 1998 verbuchen alle Mittelstandshaushalte positive Wachstumsraten, wobei der untere Mittelstand nun stärker profitieren kann. Dies bedeutet auch, dass sich die in der ersten Periode zunehmenden Einkommensdisparitäten zwischen dem unteren und dem oberen Mittelstand und generell zwischen arm und reich in der Periode 1998 bis 2001 wieder verringert haben.

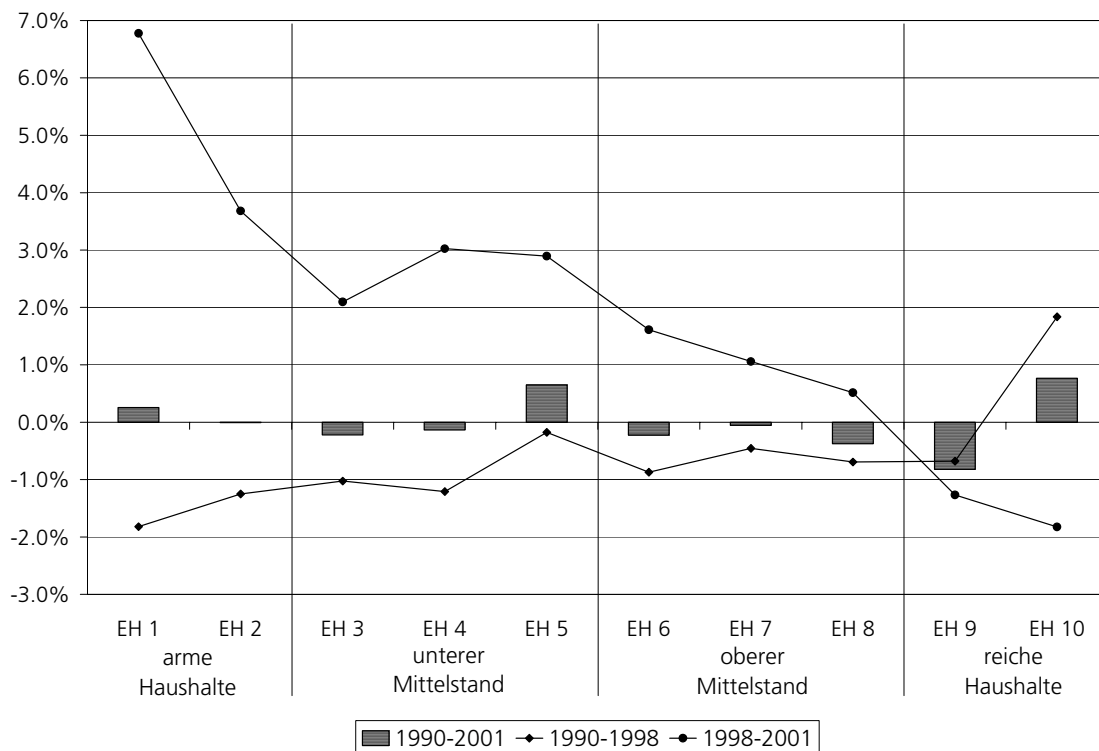
Als Fazit lässt sich festhalten, dass den Schweizer Mittelstandshaushalten im Jahr 2001 nach Abzug der Zwangsabgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) sowie den periodischen Ausgaben (Miete, Hypothekarzins, Privatversicherungsprämien etc.) nicht mehr Geld für Lebenshaltung, Konsum und Freizeit übrig blieb als noch 1990, trotz einem leicht gestiegenen Bruttoeinkommen. Gegenüber dem Jahr 1998 hat das frei verfügbare Einkommen in allen Mittelstandshaushalten jedoch wiederum zugenommen.

Abbildung 1: Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Einkommen 1990-2001



Quelle: Müller et al. 2004; eigene Zusammenstellung und Darstellung.

Abbildung 2: Jährliche Wachstumsraten des frei verfügbaren Einkommens 1990-2001 (Dezile)



Quelle: Müller et al. 2004; eigene Zusammenstellung und Darstellung / EH = Erwerbshaushalte.

4 Wie haben sich die Haushaltseinkommen im Mittelstand entwickelt?

4 Wie haben sich die Haushaltseinkommen im Mittelstand entwickelt?

Welches frei verfügbare Einkommen einem Mittelstandshaushalt nach Abzug von Abgaben und weiteren Verpflichtungen verbleibt, ist zunächst abhängig vom Einkommen, das in die Haushalte fliesst. Das Bruttoeinkommen der Haushalte der unteren Mittelschicht lag im Jahr 2001 bei rund 54'000 Franken, das der Haushalten des oberen Mittelstands bei rund 76'000 Franken, wie Müller et al. (2004) basierend auf der EVE 2001 ermittelt haben. Dieses Gesamteinkommen wird zum allergrössten Teil durch das Arbeitseinkommen und damit durch die Beteiligung am Arbeitsmarkt und die Löhne bestimmt. Im unteren Mittelstand macht das Erwerbseinkommen 85 Prozent des Gesamteinkommens aus, im oberen Mittelstand 89 Prozent (*Tabelle 3*). Umgekehrt proportional verhält es sich mit den sozialstaatlich vermittelten Einkommen. In den Haushalten des unteren Mittelstands ist der Anteil der Transfereinkommen am Gesamteinkommen mit 13 Prozent etwas grösser als in den Haushalten des oberen Mittelstands mit 9 Prozent. Einkommen aus Vermögen und Vermietung machen je rund 1 Prozent des Gesamteinkommens aus.

Tabelle 3: Anteile der Einkommenskomponenten am Bruttoeinkommen 2001

	Arme Haushalte	Unterer Mittelstand	Oberer Mittelstand	Reiche Haushalte
Bruttoeinkommen	36'105	54'426	76'099	120'894
Erwerbseinkommen	81%	85%	89%	89%
Transfereinkommen	17%	13%	9%	8%
Vermögenseinkommen	1%	1%	1%	2%
Einnahmen aus Vermietungen	1%	1%	1%	1%

Quelle: Müller et al. (2004), Tabelle 3-1, basierend auf EVE 2001.

Geringer Wachstumsbeitrag des Erwerbseinkommens, Zunahme dank Transfereinkommen

Wie aus *Tabelle 4* hervorgeht, sind die Bruttoeinkommen der Mittelstandshaushalte im Zeitraum von 1990 bis 2001 mit 7 Prozent bzw. 5 Prozent unterdurchschnittlich gewachsen. Wachstumsmotor waren in erster Linie die Transfereinkommen, während das Erwerbseinkommen kaum gestiegen ist und sein Beitrag an das Wachstum entsprechend gering ausfällt. Das gestiegene Erwerbseinkommen hat insbesondere in den armen und in den reichen Haushalten zum Wachstum des Bruttoeinkommens beigetragen. Bei den armen Haushalten hat dies mit den gestiegenen Löhnen im untersten Lohnbereich zu tun, und es ist zu erwarten, dass auch die verbesserte Arbeitsmarktbeteiligung eine Rolle spielt (vgl. Müller et al. 2004, 30).

4 Wie haben sich die Haushaltseinkommen im Mittelstand entwickelt?

Tabelle 4: Entwicklung der Bruttoeinkommen sowie der Erwerbs- und Transfereinkommen 1990-2001

	Arme Haushalte	Unterer Mittelstand	Oberer Mittelstand	Reiche Haushalte
Bruttoeinkommen				
1990	31'194	50'684	72'144	111'953
2001	36'105	54'426	76'099	120'894
Wachstum in %	16%	7%	5%	8%
Erwerbseinkommen				
1990	25'985	45'514	67'238	100'982
2001	29'312	46'493	67'723	107'294
Wachstumsbeitrag in %	11%	2%	1%	6%
Transfereinkommen				
1990	5'023	4'708	4'274	8'861
2001	6'156	6'998	6'746	9'388
Wachstumsbeitrag in %	4%	5%	3%	0%

Quelle: Müller et al. (2004) basierend auf EVE 1990, 2001; eigene Zusammenstellung und Berechnung.

Lesebeispiel: Im unteren Mittelstand werden 2 der 7 Zuwachsprozente beim Gesamteinkommen durch das Erwerbseinkommen beigesteuert, 5 Prozent werden durch Transfereinkommen beigetragen. Eine allfällige Differenz zum Gesamtzuwachs entspricht dem Beitrag der Vermögens- und Mieteinnahmen.

Wenn sich die Transfereinkommen für die Mittelstandseinkommen über die gesamte Zeitspanne als Wachstumsmotor erweisen, so ist doch nach Perioden zu differenzieren. Das Transfereinkommen hat diese Funktion in der Periode von 1990 bis 1998 übernommen. In der Periode von 1998 bis 2001 wird das Wachstum des Gesamteinkommens der Mitteschicht praktisch vollumfänglich vom Arbeitseinkommen bestimmt (vgl. Müller et al. 2004, 39f). Der Anteil der Sozialleistungen hat dagegen abgenommen.

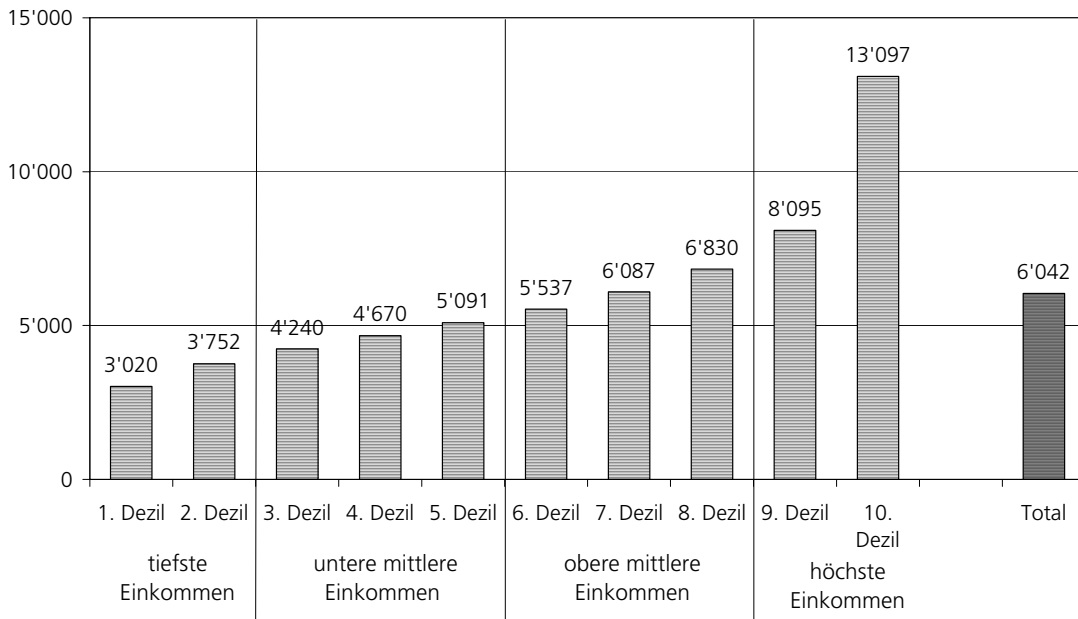
Unterdurchschnittliches Wachstum der Kaufkraft der mittleren Einkommen

Seit Anfang der 1990er Jahre hat die Kaufkraft der Löhne nur in geringem Masse zugelegt, wie die Publikationen des Bundesamtes für Statistik (BFS 2003 und 2004) und eine Studie der Konjunkturforschungsstelle (KOF) aufzeigen (Aeppli 2004). Während die Nominallöhne von 1990 bis 2003 jährlich um durchschnittlich 2.0 Prozent gewachsen sind, stiegen die Reallöhne lediglich um 0.4 Prozent (Aeppli 2004, 3). Das Jahr 2001 stellt einen Wendepunkt gegenüber der Entwicklung seit 1993 dar, in denen der jährliche Reallohnzuwachs sich um die Nullgrenze bewegte und häufig negativ ausfiel. Die Reallöhne stiegen 2001 gegenüber 2000 um 1.5 Prozent, wobei sich seither das Wachstum verlangsamt hat und der Reallohnzuwachs im Jahr 2004 auf 0.1 Prozent schrumpfte.

Wie aber sieht die Kaufkraftentwicklung bei den mittleren Einkommen aus? Die Entwicklung der Löhne der Beschäftigten in der Industrie und im Dienstleistungssektor wird seit 1994 im Zweijahresrhythmus durch die Schweizerische Lohnstrukturerhebung (LSE) erfasst. Müller et al. (2004) haben die Daten zuhanden der Eidgenössischen Steuerverwaltung für den Zeitraum 1996 bis 2000 ausgewertet.⁶ *Abbildung 3* gibt zunächst einen Überblick über den standardisierten, d.h. auf eine Vollzeitbeschäftigung aufgerechneten monatlichen Bruttolohn nach Dezilen. Der durchschnittliche Bruttomonatslohn über alle Beschäftigten lag im Jahr 2000 bei 6'042 Franken. Im Industriesektor besteht dabei generell eine geringere Disparität der Bruttolöhne als im Dienstleistungssektor (vgl. Müller et al. 2004, 67).

⁶ Entsprechende Auswertungen, welche die Lohndaten 2002 mit einbeziehen, liegen nach unserem Wissenstand noch nicht vor bzw. nicht in publizierter Form.

Abbildung 3: Monatliche Bruttolöhne nach Dezilen (Mittelwert), Jahr 2000



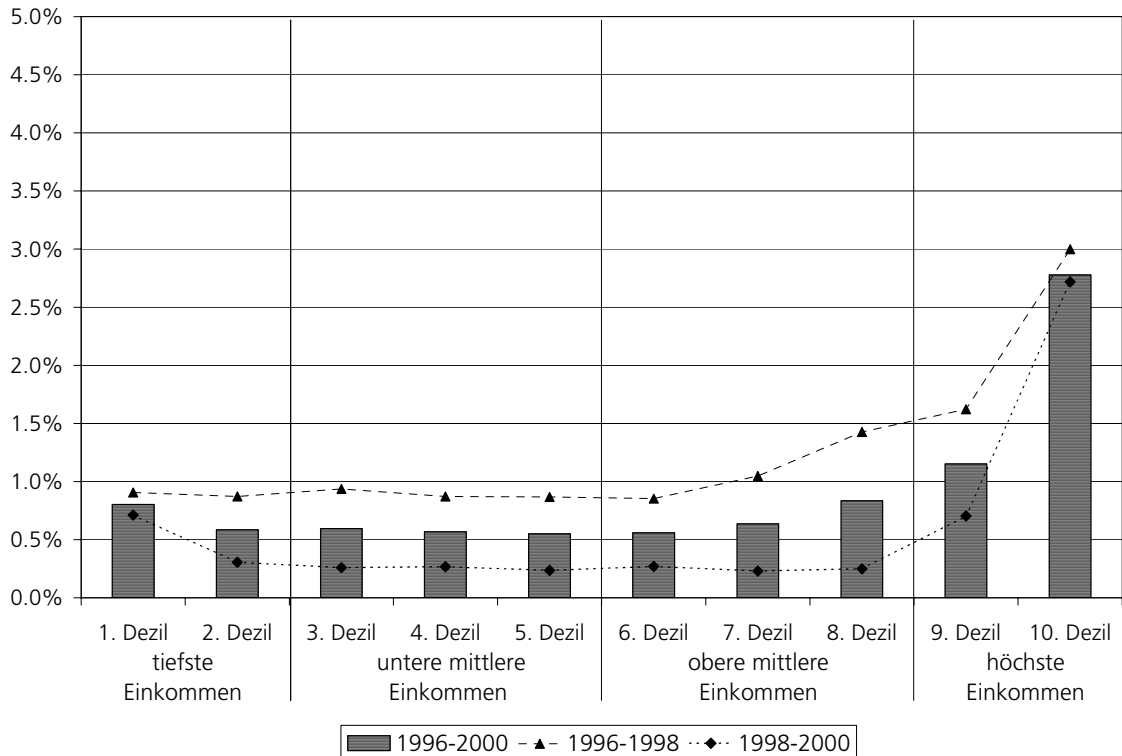
Quelle: Müller et al. (2004), basierend auf LSE 2000; eigene Darstellung.
 Bemerkung: Bruttolohn im Oktober, einschliesslich Arbeitnehmerbeiträge an die Sozialversicherungen, Naturalleistungen, regelmässig ausbezahlte Prämien-, Umsatz-, Provisionsanteile, Entschädigung für Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit, 1/12 des 13. Monatslohns und der jährlichen Sonderzahlungen.

In *Abbildung 4* werden die jährlichen Wachstumsraten dargestellt, woraus deutlich wird, dass die höchsten Einkommen die höchsten Zuwachsraten aufweisen. Für den Zeitraum von 1996 bis 2000 bewegt sich die jährliche Zuwachsrate bei den mittleren Einkommen um die 0.6 Prozent, einzig im achten Dezil liegt der durchschnittliche Zuwachs bei 0.8 Prozent. Das Lohnwachstum ist in allen Haushalten in der Periode 1996 bis 1998 grösser als in der Periode 1998 bis 2000. In der ersten Periode hat insbesondere das oberste Drittel des oberen Mittelstandes bei den Löhnen zulegen können. In der Zeit von 1998-2000 sind die Löhne über die gesamte Bandbreite der mittleren Einkommen praktisch in gleichem Masse gewachsen und zwar in deutlich geringerem Masse als die untersten 10 Prozent der Einkommen und die obersten 20 Prozent der Einkommen.

Fazit: Die mittleren Einkommen, d.h. die Bruttomonatslöhne zwischen 4'240 Franken (3. Dezil) und 6'830 Franken (8. Dezil) haben in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre weniger an Kaufkraft zugelegt, als die hohen Einkommen und auch die tiefsten Einkommen.

4 Wie haben sich die Haushaltseinkommen im Mittelstand entwickelt?

Abbildung 4: Entwicklung der monatlichen Bruttolöhne nach Dezilen (Mittelwert), jährliche Wachstumsraten 1996 bis 2000 (zu Preisen 2001)



Quelle: Müller et al. (2004), basierend auf LSE 1996, 1998, 2000; eigene Zusammenstellung und Darstellung.

Überdurchschnittlicher Bedeutungsgewinn der Transfereinkommen

In allen Schweizer Haushalten haben die Transfereinkommen zwischen 1990 und 2001 absolut zugenommen (Tabelle 5). Mit Ausnahme der reichsten Haushalte ist auch der Anteil der Transfereinkommen am Bruttoeinkommen gestiegen, am stärksten in den Mittelstandshaushalten. Der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoeinkommen ist in den armen Haushalten zwar immer noch am grössten, in den Mittelstandshaushalten hat dieser Anteil über den gesamten Zeitraum aber prozentual am stärksten zugenommen. Der Zuwachs von 3 Prozentpunkten im unteren Mittelstand entspricht einem Plus von 53 Prozent, der Zuwachs von 2 Prozentpunkten im oberen Mittelstand einer Steigerung von 45 Prozent. Mit einer Zunahme von 4 Prozentpunkten in den armen Haushalten ist dort der Anteil um 33 Prozent gewachsen. Ebenfalls überdurchschnittlich gestiegen ist in den Mittelschichtshaushalten der Anteil der übrigen Transfereinkommen am Bruttoeinkommen (private Zusatzrenten, Alimente). In den Jahren zwischen 1998 und 2001 ist die Bedeutung der Transfereinkommen, insbesondere der Sozialleistungen wiederum rückläufig, dank dem erneuten Bedeutungsgewinn der Arbeitseinkommen.

4 Wie haben sich die Haushaltseinkommen im Mittelstand entwickelt?

Tabelle 5: Entwicklung der Transfereinkommen (Sozialleistungen und übrige Transferleistungen) 1990 bis 2001 (zu Preisen 2001)

	arme Haushalte	unterer Mittelstand	oberer Mittelstand	reiche Haushalte
Transfereinkommen absolut				
1990	5'023	4'708	4'274	8'861
1998	7'996	7'336	6'785	12'962
2001	6'156	6'998	6'746	9'388
Anteil der Transfereinkommen am Bruttoeinkommen				
1990	16%	9%	6%	8%
1998	24%	14%	9%	11%
2001	17%	13%	9%	8%
Differenz 1990-2001 in Prozentpunkten	1%	4%	3%	0%
Anteil der Sozialleistungen am Bruttoeinkommen				
1990	8%	4%	2%	3%
1998	16%	8%	4%	3%
2001	11%	6%	3%	3%
Differenz 1990-2001 in Prozentpunkten	3%	2%	1%	-1%
Anteil übrige Transferleistungen am Bruttoeinkommen				
1990	8%	5%	4%	5%
1998	9%	6%	6%	8%
2001	7%	7%	6%	5%
Differenz 1990-2001 in Prozentpunkten	-2%	2%	2%	1%

Quelle: Müller et al. (2004), Tabelle 3-16, basierend auf LSE 1996, 1998, 2000; eigene Berechnungen

Sozialleistungen: Renten, Taggelder, Ergänzungsleistungen und Entschädigungen der Bundessozialversicherungen, Familienzulagen, Prämienverbilligungen, Sozialhilfe, Opferhilfe etc.

Übrige Transferleistungen: Alimente, private Zusatzrenten aller Art.

Der Mittelstand erhält 2001 im Vergleich zu 1990 also mehr Geld aus dem System der Sozialen Sicherung. Die Frage ist: Beahlt er auch mehr dafür? Auf diese Frage gehen wir weiter unten ein («Nettozahler oder Nettozubüger der Sozialen Sicherheit?», Seite 16).

Marginale Bedeutung der Einnahmen aus Vermögen und Vermietung

Einkommen aus Vermögen, d.h. aus Zinsen und Dividenden, Renten von Lebensversicherungen etc. sowie aus der Vermietung von Wohneigentum machen in den Erwerbshaushalten des Mittelstandes je rund 1 Prozent des Bruttoeinkommens aus. Den Vermögenseinkommen – nicht zu verwechseln mit dem Vermögen - kommt einzig in den reichen Erwerbshaushalten sowie in den Rentnerhaushalten eine etwas grössere Bedeutung zu.

Fazit: Die Bruttoeinkommen der Mittelstandshaushalte sind im Zeitraum von 1990 bis 2001 unterdurchschnittlich gewachsen. Zu verdanken haben die Haushalte das Wachstum in erster Linie den Transfereinkommen, während das Erwerbseinkommen – anders als in den armen und den reichen Haushalten - kaum zum Wachstum hat beitragen können. Betrachtet man die Lohnentwicklung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, so stellt man fest, dass die mittleren Einkommen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre weniger an Kaufkraft zugelegt haben, als die hohen Einkommen und auch die tiefsten Einkommen.

5 Wird der Mittelstand durch Abgaben überbelastet?

Was Ende Monat in einem Mittelstandshaushalt für den Konsum noch übrig bleibt, hängt neben dem Einkommen von den finanziellen Verpflichtungen ab. Darunter fallen die direkten und indirekten Steuern, Entgelte aller Art (Gebühren, Nutzungsabgaben, Ersatzabgaben), Sozialversicherungsbeiträge sowie längerfristige finanzielle Verpflichtungen wie Mietkosten, Beiträge an die dritte Säule, private Versicherungsprämien etc. Das nach Abzug dieser Ausgaben übrig bleibende kurzfristig frei verfügbare Einkommen wird schliesslich über den Konsum wiederum durch indirekte Steuern in Form der Mehrwertsteuer, spezifischer Verbrauchssteuern (Mineralölsteuer, Tabaksteuer etc.) und von Entgelten (Benutzungsgebühren, Dienstleistungsgebühren) belastet.

Was für den Konsum noch übrig bleibt

In den Mittelstandshaushalten gehen 23 bzw. 24 Prozent des Bruttoeinkommens in Form von direkten Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen an den Staat (vgl. Müller et al. 2004). Das verfügbare Einkommen beträgt danach noch 77 bzw. 76 Prozent des Bruttoeinkommens. Die Belastung ist damit tendenziell tiefer als in den ärmsten Haushalten, die stärker durch die Krankenkassenprämien belastet werden und in den reichsten Haushalte, die stärker durch Steuern belastet werden.

Weitere 22 Prozent bzw. 20 Prozent des Gesamteinkommens der Mittelstandshaushalte werden für Miete, Hypothekarzinsen, die Krankenzusatzversicherung, Beiträge an die dritte Säule sowie Militärflichtersatz, Hundesteuer etc. aufgewendet. Somit verbleiben den Mittelstandshaushalten noch 55 Prozent des Gesamteinkommens als kurzfristig frei verfügbares Einkommen. Wiederum sind es die armen Haushalte, denen weniger Geld übrig bleibt.

Tabelle 6: Abgabenbelastung gemessen am Bruttoeinkommen 2001

	Arme Haushalte	Unterer Mittelstand	Oberer Mittelstand	Reiche Haushalte
Bruttoeinkommen	36'105	54'426	76'099	120'894
<i>Zwangsausgaben</i>	24%	23%	24%	26%
Direkte Steuern (1)	8%	8%	10%	13%
Sozialversicherungsbeiträge	16%	15%	14%	13%
Prämien Grundversicherung	7%	5%	4%	2%
Verfügbares Einkommen	76%	77%	76%	74%
<i>Spezielle Ausgaben</i>	23%	22%	20%	20%
Miete, Hypothekarzins und Nebenkosten	18%	16%	14%	12%
Versicherungsprämien überobligatorisch, übrige Steuern (2)	5%	6%	6%	8%
Kurzfristig frei verfügbares Einkommen	52%	55%	55%	54%

Quelle: Müller et al. (2004), basierend auf EVE 2002; eigene Zusammenstellung.

(1) Bundes-, Kantons-, Gemeindesteuern, Quellen- und Liegenschaftssteuer.

(2) Versicherungsprämien inkl. Beiträge 3. Säule, Prämien Krankenzusatzversicherung, übrige Steuern und Entgelte (Militärflichtersatz, Hundesteuer etc.)

Das kurzfristig frei verfügbare Einkommen liegt in allen Haushalten effektiv tiefer, da sich die Untersuchung von Müller et al. (2004) auf die direkten Steuern konzentriert und ausserdem die mannigfaltigen Entgelte nicht vollständig erfasst werden können. Die Belastung durch indirekte Steuern setzt jedoch in erster Linie in Form von Verbrauchssteuern auf dem kurzfristig frei verfügbaren Einkommen ein.

Die Belastung eines mittleren Arbeitseinkommens seit 1977

Die Eidgenössische Steuerverwaltung verfolgt seit 1977 unter Berücksichtigung der Teuerung die Belastung des Arbeitseinkommens von verheirateten Arbeitnehmerhaushalten ohne Kinder. Unterschieden werden dabei vier Einkommenskategorien im Referenzjahr 1977 (25'000, 50'000, 100'000, 200'000 Franken). Das gewählte Fallbeispiel, ein Arbeitseinkommen von 50'000 Franken, entspricht im Jahr 2000 einem teuerungsbereinigten Einkommen von 91'927 Franken. Der Haushalt ist damit vergleichbar mit einem Mittelstandshaushalt nach Definition des VSAM. Für einen Paarhaushalt ohne Kinder liegt das Bruttoeinkommen nach dieser Definition zwischen 75'000 und 120'000 Franken (vgl. *Tabelle 1*), das geschätzte Erwerbseinkommen zwischen 63'750 und 106'8000 Franken.⁷

Tabelle 7: Belastung des Erwerbseinkommens in einem verheirateten, kinderlosen Haushalt mit einem Einkommen, 1977 und 2001

	1977		2000		Differenz in Prozentpunkten
	Abs.	%	Abs.	%	
<i>Erwerbseinkommen</i>	50'000	100%	91'927	100%	0.0%
<i>Steuern und Kausalabgaben</i>	7'205	14.4%	12'140	13.2%	-1.2%
Direkte Steuern	7'105	14.2%	11'592	12.6%	-1.6%
Kausalabgaben (1)	100	0.2%	548	0.6%	0.4%
<i>Sozialversicherungsbeiträge</i>	5'945	11.9%	15'297	16.6%	4.8%
AHV/IV/EO/ALV	2'525	5.1%	6'021	6.5%	1.5%
BV	2'500	5.0%	4'596	5.0%	0.0%
KV	920	1.8%	4'680	5.1%	3.3%
<i>Verbleibendes Einkommen I</i>	36'850	73.7%	64'490	70.2%	-3.5%
<i>Verbrauchssteuern</i>	2'211	4.4%	4'548	4.9%	0.5%
WUST bzw. MWSt	1'100	2.2%	3'500	3.8%	1.6%
Motorfahrzeug-/Mineralölsteuer (2)	1'111	2.2%	1'048	1.1%	-1.1%
<i>Abgaben total</i>	15'361	30.7%	31'985	34.8%	4.1%
<i>Verbleibendes Einkommen II</i>	34'639	69.3%	59'942	65.2%	-4.1%

Quelle: EFD (2003), Tabelle 11, 54; eigene Zusammenstellung.

(1). Kausalabgaben: Abfall- und Abwasserentsorgungsgebühren

(2.) Motorfahrzeug-/Mineralölsteuer: Der Steuersatz ist angestiegen, jedoch ist der durchschnittliche Verbrauch in Liter pro 100 km gesunken

Die Belastung des Erwerbseinkommens in diesem Mittelstandshaushalt durch direkte Steuern ist seit 1977 um 1.6 Prozentpunkte gesunken, die Belastung durch Kausalabgaben hat um 0.6 Prozentpunkte zugenommen (vgl. *Tabelle 7*). Die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge ist um 4.8 Prozentpunkte gewachsen, in erster Linie aufgrund der Krankenkassenprämien. Nach Abzug von Steuern, Kausalabgaben und Sozialversicherungsbeiträgen verfügt der Haushalt noch über rund 70 Prozent des Erwerbseinkommens, das sind 3.5 Prozentpunkte weniger als 1977 (Verbleibendes Einkommen I). Berücksichtigt man die Mehrwertsteuer und geht davon aus, dass der Haushalt ein Auto fährt, steigt die Fiskalbelastung des Arbeitseinkommens um insgesamt 4.1 Prozentpunkte (Verbleibendes Einkommen II).

⁷ Gestützt auf die Berechnungen von Müller et al. (2004) gehen wir von der Annahme aus, dass das Erwerbseinkommen im unteren Mittelstand 85 Prozent des Bruttoeinkommens ausmacht, im oberen Mittelstand 89 Prozent des Bruttoeinkommens.

5 Wird der Mittelstand durch Abgaben überbelastet?

Aufgrund der Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung lässt sich nichts darüber aussagen, ob die Abgabenbelastung der mittleren Einkommen seit 1977 stärker zugenommen hat als die der tiefen und hohen Einkommen. Ebenfalls aus der OECD-Lohnsteuerstatistik lassen sich keine Hinweise zur Abgabenbelastung der Haushalte in Abhängigkeit des Lebensstandards gewinnen.

Wenn mit der Belastung des Arbeitseinkommens argumentiert wird, muss man sich bewusst sein, dass dies nicht die reale Belastung der Haushalte spiegelt, da insbesondere die Transfereinkommen und die (allerdings marginalen) Miet- und Vermögenseinkommen, welche zum Arbeitseinkommen hinzukommen, nicht berücksichtigt werden.

Geringere Last durch direkte Steuern, steigende Last durch Entgelte und Sozialversicherungsbeiträge

Über den Zeitraum von 1970 bis 2001 zeigt sich bei den Einnahmen der öffentlichen Haushalte eine Verlagerung von den Steuereinnahmen hin zu den Einnahmen aus Entgelten (vgl. EFD 2003). Dieser Trend hält auch in den 1990er Jahren an (vgl. EFD 2003; Jaeger et al. 2002). Es handelt sich dabei allerdings nicht um ein Nullsummenspiel, d.h. die Steuerbelastung sinkt nicht in dem Masse, wie die Belastung durch Kausalabgaben steigt. Dazu kommen steigende Einnahmen aus den Beiträgen an die Sozialversicherungen.

Was bedeutet dieser Befund nun für die Belastung der privaten Haushalte? Zwar bezahlt ein zweiköpfiger Mittelstandshaushalt mit einem Arbeitseinkommen von 91'927 Franken im Jahr 2000 real mehr Steuern als im Jahr 1977, die Belastung des Erwerbseinkommens durch direkte Steuern ist jedoch um 1.6 Prozentpunkte von 14.2 auf 12.6 Prozent gesunken (vgl. Tabelle 7; EFD 2003). Gleichzeitig ist die Belastung durch Entgelte – wobei hier lediglich die Abfall- und Abwasserentsorgungsgebühren berücksichtigt werden – um 0.4 Prozentpunkte auf 0.6 Prozent gestiegen. Die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge ist 4.8 Prozentpunkte gestiegen. In der Bilanz bedeutet dies eine gegenüber 1977 um 4.1 Prozentpunkte gestiegene Belastung des *Arbeitseinkommens* durch direkte Steuern, Entgelte und Sozialversicherungsbeiträge.

Die Daten der Einkommens- und Verbrauchserhebung bestätigen für den Zeitraum von 1990 bis 2001 die sinkende Belastung der mittleren Haushalteinkommen durch direkte Steuern (*Tabelle 8*).

In den Haushalten des unteren und oberen Mittelstandes wird die Steuerbelastung des Bruttoeinkommens um 0.8 bzw. 0.6 Prozentpunkte reduziert, hingegen steigt die Belastung durch Sozialabgaben um 1.6 bzw. 1.5 Prozentpunkte, was in der Bilanz ein Anstieg der Zwangsabgaben um je 0.9 Prozentpunkte bedeutet. Die Verlierer sind jedoch die armen Haushalte, welche die Steuerlast nicht haben verringern können und deren Sozialabgaben stärker gestiegen sind.

5 Wird der Mittelstand durch Abgaben überbelastet?

Tabelle 8: Entwicklung der Zwangsabgaben (direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) absolut und in Prozent des Bruttoeinkommens 1990 bis 2001 (zu Preisen 2001)

	arme Haushalte	unterer Mittelstand	oberer Mittelstand	reiche Haushalte
Zwangsausgaben absolut				
1990	6'313	11'119	16'983	29'162
1998	8'040	12'501	18'048	29'546
2001	8'692	12'422	18'611	31'296
Zwangsausgaben				
1990	20.2%	21.9%	23.5%	26.0%
1998	24.5%	24.1%	24.3%	24.1%
2001	24.1%	22.8%	24.5%	25.9%
Differenz 1990-2001 in Prozentpunkten	3.8%	0.9%	0.9%	-0.2%
Direkte Steuern				
1990	7.1%	8.9%	10.7%	14.1%
1998	8.4%	9.2%	10.3%	12.2%
2001	7.8%	8.1%	10.1%	12.8%
Differenz 1990-2001 in Prozentpunkten	0.7%	-0.8%	-0.6%	-1.3%
Sozialversicherungsbeiträge				
1990	13.2%	13.1%	12.8%	12.0%
1998	16.1%	14.8%	14.1%	11.8%
2001	16.3%	14.7%	14.3%	13.1%
Differenz 1990-2001 in Prozentpunkten	3.1%	1.6%	1.5%	1.1%

Quelle: Müller et al. (2004); Tabellen 4-1 und 4-3; eigene Zusammenstellung.

Krank es an den Gesundheitsausgaben?

Die Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung machen heute einen grossen Teil der Sozialversicherungsabgaben aus (vgl. *Tabelle 6*). In einem Haushalt des unteren Mittelstandes beläuft sich 2001 die Grundversicherungsprämie nach Abzug der Prämienverbilligung fast schon auf einen Drittel der Sozialabgaben, in einem Haushalt des oberen Mittelstandes auf einen Viertel. *Tabelle 9* verdeutlicht, dass die Kopfprämie der Grundversicherung die tieferen Einkommen wesentlich stärker belastet als die höheren. Die Prämienverbilligungen wirken diesem Effekt entgegen, jedoch nicht in dem Mass, dass damit eine ausgeglichene Belastung der Einkommen erreicht werden kann. Für Zusatzversicherungen der Krankenversicherung geben arme Haushalte etwa dreimal weniger Geld aus als reiche Haushalte, die Belastung des Bruttoeinkommens ist aber praktisch über alle Haushalte gleich.

Tabelle 9: Krankenversicherungsbeiträge und Prämienverbilligung, Ausgaben in Franken und in Prozent des Bruttoeinkommens 2001 sowie Entwicklung 1990 bis 2001 (zu Preisen 2001)

	Arme Haushalte	Unterer Mittelstand	Oberer Mittelstand	Reiche Haushalte ⁴
<i>in Franken</i>				
Prämien Grundversicherung	2'625	2'646	2'741	2'743
Prämienvergünstigungen KVG	428	198	53	-
Grundversicherung abzügl. Prämienverb.	2'197	2'448	2'688	2'743
Zusatzversicherungen	540	816	1'041	1'525
Nettokosten Krankenversicherung	2'737	3'264	3'729	4'268
<i>in % des Bruttoeinkommen</i>				
Prämien Grundversicherung	7.3%	4.9%	3.6%	2.3%
Prämienvergünstigungen KVG	1.2%	0.4%	0.1%	-
Grundversicherung abzügl. Prämienverb.	6.1%	4.5%	3.5%	2.3%
Zusatzversicherungen	1.5%	1.5%	1.4%	1.3%
Nettokosten Krankenversicherung	7.6%	6.0%	4.9%	3.5%
<i>Nettokosten Krankenversicherung</i>				
1990 (1)	6.5%	4.4%	3.2%	2.4%
1998	7.8%	6.0%	4.7%	3.4%
2001	7.6%	6.0%	4.9%	3.5%
<i>Veränderung in Prozentpunkten</i>	1.1%	1.6%	1.7%	1.1%

Quelle: Müller et al. 2004, Tabelle 4-4, 4-5, Grafik 4-8; eigene Zusammenstellung.

(1) Das Versicherungsobligatorium und die Prämienverbilligungen traten erst mit dem neuen Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) per 1. Januar 1996 in Kraft

Die Mittelstandshaushalte geben für die Krankenversicherung rund 6 bzw. 5 Prozent ihres Bruttoeinkommens aus. Wenn man die Entwicklung von 1990 bis 2001 betrachtet, ist die Belastung des Einkommens in den Mittelstandshaushalten stärker gestiegen, als in den armen und den reichen Haushalten.⁸

Die Belastung durch indirekte Steuern

Die Belastung durch indirekte Steuern ist für die einzelnen Haushalte schwierig zu bemessen, da sie den privaten Haushalten nicht unmittelbar zugeschrieben werden können. Vielmehr müssen Annahmen zum Nachfrageverhalten der Wirtschaftssubjekte in den Haushalten getroffen werden, um im Rahmen von Inzidenzanalysen die Belastung der Haushalte zu untersuchen. Seit 1977 zeichnet die Eidgenössische Steuerverwaltung anhand eines Fallbeispiels unter anderem die Entwicklung der Mehrwertsteuerbelastung eines durchschnittlichen Erwerbseinkommens nach. Ein zweiköpfiger Mittelstandshaushalt mit einem Einkommen von 91'927 Franken im Jahr 2000 wird gegenüber 1977 um 1.6 Prozentpunkte stärker belastet, der Anteil der Mehrwertsteuerausgaben am Arbeitseinkommen steigt von 2.2 auf 3.8 Prozent (vgl. Tabelle 7).

⁸ Die absoluten Kosten sind in allen Haushalten stark angestiegen, was in erster Linie auf die gestiegenen Gesundheitskosten zurückzuführen ist. Zwar wurde per 1. Januar 1996 auch ein Versicherungsobligatorium eingeführt, zu diesem Zeitpunkt gehörten jedoch bereits 99 Prozent der in der Schweiz wohnhaften Bevölkerung einer Krankenkasse an (vgl. Botschaft des Bundesrates über die Revision der Krankenversicherung vom 6. November 1991, BBl 1992 I 93).

Aus verschiedenen Studien ergeben sich empirische Hinweise, dass indirekte Steuern in Form der Mehrwertsteuer und anderer Verbrauchssteuern die tieferen Einkommen stärker belasten als die höheren Einkommen (u.a. Künzi & Schärrier 2004). Demzufolge kann in den Haushalten des unteren Mittelstandes von einer höheren Belastung als in den Haushalten des oberen Mittelstandes ausgegangen werden.

Nettozahler oder Nettobezüger der Sozialen Sicherheit?

Einerseits ist in den Haushalten des unteren und oberen Mittelstands die Belastung des Bruttoeinkommens durch die Sozialabgaben zwischen 1990 und 2001 gewachsen, gleichzeitig ist aber auch der Beitrag der Transfereinkommen an das Bruttoeinkommen gestiegen, und zwar in stärkerem Masse. Die Bilanz zwischen Beiträgen und Leistungen der Sozialen Sicherheit hat sich also für die Mittelstandshaushalte pauschal betrachtet verbessert, auch wenn damit noch nicht gesagt ist, ob die an sich Bilanz positiv oder negativ ist. Die Mittelschicht stellt entsprechend ihrer Breite eine heterogene Gruppe dar, in der es sowohl Nettozahler und Nettobegünstigte der Sozialen Sicherheit gibt, abhängig von der familiären Situation (alleinstehend oder Familie mit Kindern) und der Beteiligung am Arbeitsmarkt (erwerbstätig, arbeitslos oder nichterwerbstätig aus anderen Gründen).

Erwerbstätige Mittelstandshaushalte gehören, wie alle anderen erwerbstätigen Haushalte, grundsätzlich zu den Nettozahlern, das heisst, sie bezahlen – hier am Beispiel des Jahres 1998 - mehr in die Sozialversicherungen ein, als sie von diesen erhalten (vgl. Künzi & Schärrier 2004). Zu den Nettobegünstigten zählen Mittelstandshaushalte, die arbeitslos oder bspw. aufgrund einer Invalidität nicht erwerbstätig sind. Wie sieht nun die Situation für einen erwerbstätigen Paarhaushalt mit zwei Kindern aus? Die Nettobilanz zwischen einbezahlten Beiträgen und ausbezahlten Leistungen wird in *Tabelle 10* in Anteilen am Primäreinkommen ausgedrückt. Der negative Saldo beträgt für diese Familie 23.8 Prozent im unteren Mittelstand, 25.1 Prozent im mittleren und 24.5 Prozent im oberen Mittelstand. Eine vergleichbare Familie im untersten Einkommensquintil wird stärker belastet, wogegen die reichen Familien etwas besser da stehen als die Mittelstandsfamilien. Interessant ist auch, wie sich die Situation in einem Mittelstandshaushalt bei Arbeitslosigkeit präsentiert. Für die Haushalte des unteren Mittelstands ergibt sich in diesem Fall eine positive Bilanz von 37.7 Prozent, im mittleren Mittelstand von 18.5 Prozent und im oberen Mittelstand von 17.6 Prozent. In den arbeitslosen Haushalten der obersten Einkommensklasse fällt die Nettobilanz wiederum besser aus als im mittleren und oberen Mittelstand.

Tabelle 10: Nettoeffekt der Sozialtransfers der Haushalte, in Prozent des Primäreinkommens 1998

	1. Quintil	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	5. Quintil	Total
Erwerbstätig Einpersonenhaushalt	-18.86	-24.08	-28.68	-27.85	-26.31	-26.64
Erwerbstätig Alleinerziehend	-10.83	-14.87	-13.01	-16.92	-21.13	-14.60
Erwerbstätig Paar ohne Kinder	-26.55	-24.13	-25.01	-25.93	-25.78	-25.69
Erwerbstätig Paar mit 1 Kind	-23.64	-26.96	-24.88	-25.71	-23.97	-25.04
Erwerbstätig Paar mit 2 Kindern	-25.80	-23.81	-25.13	-24.51	-22.80	-24.31
Erwerbstätig Paar mit 3+ Kindern	-20.27	-19.99	-22.73	-24.92	-21.66	-22.06
Erwerbstätig übrige Haushalte	-19.62	-19.01	-20.32	-20.10	-22.27	-21.11
Erwerbslos	42.42	37.72	18.52	17.62	33.91	35.13
Nichterwerbstätig (vor Rentenalter)	29.91	43.87	40.70	42.44	17.64	34.54
Im Altersruhestand Einpers.-Haushalt	65.76	61.41	54.47	49.02	31.73	56.32
Im Altersruhestand Mehrpers.-Haushalt	61.94	59.33	57.67	54.83	25.86	49.22
Total	14.39	-4.83	-13.11	-16.57	-19.70	-12.90

Quelle: Künzi & Schärrier (2004), Tabelle 64, basierend auf EVE 1998.
Primäreinkommen: Bruttoeinkommen der Haushalte einschliesslich der Arbeitgeberbeiträge.

Auch das Wohnen belastet das Budget heute stärker

Zu den Zwangsabgaben ergeben sich für die Mittelschichtshaushalte weitere finanzielle Verpflichtungen, in Form von periodischen Ausgaben, namentlich Miete, Hypothekarzinsen sowie Beiträge an Privatversicherungen (private Vorsorge, Krankenzusatzversicherung etc.). Die Mieten machen den grössten Teil dieser periodischen Ausgaben aus (vgl. Müller et al. 2004, 97). In den Haushalten des Mittelstandes beanspruchen die Mieten und Hypothekarzinsen im Jahr 2001 rund 16 bzw. 14 Prozent des Bruttoeinkommens. Die Belastung ist gegenüber 1990 leicht angestiegen, weniger stark allerdings als in den armen Haushalten.

Tabelle 11: Ausgaben für das Wohnen in Prozent des Bruttoeinkommens 1990 bis 2001 (zu Preisen 2001)

	Arme Haushalte	Unterer Mittelstand	Oberer Mittelstand	Reiche Haushalte ⁴
1990	14.9%	15.1%	13.2%	11.9%
1998	20.0%	16.6%	14.5%	11.5%
2001	18.1%	15.9%	14.2%	12.0%
Differenz 1990-2001	3.2%	0.8%	1.0%	0.1%

Quelle: Müller et al. 2004, Tabelle 4-6; eigene Zusammenstellung.

(1) Prämien der Privatversicherungen inkl. Beitrag an die 3. Säule und Krankenzusatzversicherung, sowie Übertragungen an private Haushalte (Schenkungen und Legate)

Fazit: Trotz tieferen direkten Steuern hat die Belastung des unteren und oberen Mittelstandes durch Zwangsabgaben im Zeitraum von 1990 bis 2001 zugenommen, dies aufgrund der gestiegenen Beiträge an die Sozialversicherungen. Zugenommen haben gleichzeitig auch die Ausgaben für das Wohnen und für private Versicherungen, wie etwa die Zusatzversicherung der Krankenversicherung. Vergleicht man die Entwicklung der Belastung der Haushalteinkommen, so sind es nicht die Mittelstandshaushalte, bei denen die Last durch Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und periodische Ausgaben am stärksten zugenommen hat, sondern die armen Haushalte. Bei den reichsten Haushalten hat die Belastung des Einkommens minim abgenommen.

Wenn den Haushalten des Mittelstandes heute nicht mehr Geld für Konsum und Freizeit verbleibt als 1990, so hängt dies damit zusammen, dass die Einkommen dieser Haushalte nicht haben Schritt halten können mit dem Ausgabenwachstum.

6 Bilanz und Blick in die Zukunft

Die Frage, ob der Mittelstand zerrieben wird, ist nicht zuletzt Ausdruck der Unsicherheit darüber, wie sich das komplexe Zusammenspiel von wirtschaftlicher Entwicklung und staatlicher Umverteilung auf den Mittelstand auswirkt. In den Haushalten der Mittelschicht kommt Unbehagen auf, dass sie es sind, die in den vergangenen Jahren des geringen Wachstums und der dadurch härter werdenden Verteilungskämpfe den Preis der Umverteilung zu bezahlen haben. Dieses Unbehagen erstreckt sich über die gesamte Bandbreite des Mittelstandes, wobei die vorhandenen Studien illustrieren, dass sich einzelne Entwicklungen durchaus unterschiedlich auf die Situation der Haushalte innerhalb dieser breiten Mittelschicht auswirken. Mit andern Worten: Auch im Mittelstand gibt es «Gewinner» und «Verlierer», je nachdem, auf welche Aspekte man den Blick richtet.

Wie die Literaturrecherche aufgezeigt hat, ist es schwierig, abschliessende Aussagen zur Belastung der Mittelstandshaushalte im Vergleich zu den einkommenschwachen und zu den vermögenden Haushalten zu machen. Zwar gibt es neuere Studien, welche die Entwicklung von Einkommen und Abgaben der Haushalte oder die Umverteilungswirkung der Sozialversicherungen umfassend untersuchen, jedoch fehlt es an Inzidenzstudien, anhand derer die Gesamteffekte des Steuer- und Sozialsystems in den Mittelschichtshaushalten dokumentiert werden können. Insbesondere fehlt es an präzisen Angaben zur Belastung der Mittelstandshaushalte durch Ausgaben für Güter mit staatlich administrierten Preisen oder durch die Vielzahl von Entgelte aller Art.

In Anbetracht des erwähnten Unbehagens ist es verständlich, dass man nicht nur wissen möchte, wie sich die Lage der Mittelstandshaushalte verändert hat, sondern welche Veränderungen künftig zu erwarten sind. Diese Frage umfassend zu beantworten, übersteigt die Möglichkeiten einer Literaturanalyse. Mit Sicherheit lässt sich festhalten, dass Umverteilungsfragen auch die nächsten Jahre prägen werden. Die konjunkturell bedingten Defizite werden mit der allmählichen Erholung der Wirtschaft weiter abgebaut werden können, wobei sich das Wirtschaftswachstum nach dem markanten Aufschwung von 2000 stärker verlangsamt hat als erwartet. Es bestehen jedoch weiterhin strukturelle Defizite, deren Abbau über Kürzung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen erfolgen soll. Mit andern Worten: Der Druck bleibt. Der Trend hin zu einer steigenden Bedeutung der indirekten Steuern, ausgedrückt bspw. durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer in den letzten Jahren, dürfte weiter anhalten, zugunsten einer sinkenden Bedeutung der direkten Steuern. Ebenfalls bei den Sozialversicherungsabgaben ist von einer Zunahme auszugehen, etwa bei Krankenkassenprämien. In der Summe ist bei dieser Entwicklung (Schwächung der Steuerprogression) von einem stärkeren Ausgabenzuwachs bei einkommenschwächeren Haushalte auszugehen. Innerhalb des Mittelstandes dürften daher die Zwangsabgaben in den Haushalten des unteren Mittelstandes stärker steigen als in den Haushalten des oberen Mittelstandes. In wie weit dies auch zu einer stärkeren Belastung der Haushalteinkommen führt, hängt unter anderem davon ab, in welchem Mass die Steigerung der Reallöhne zu einem Ausgleich führen kann.

7 Glossar

Äquivalenzeinkommen (Einkommen pro Äquivalenzperson)

Wenn eine alleinstehende Person über ein jährliches Haushalteinkommen von 60'000 Franken verfügt, ist dies etwas anderes, als wenn dieses Haushalteinkommen für eine vierköpfige Familie reichen muss. Wenn Einkommen der unterschiedlichsten Haushalte miteinander verglichen werden sollen, muss das Einkommen nach Grösse der Haushalte gewichtet werden. Die Einkommen werden dabei pro Äquivalenzperson bzw. Einpersonenhaushalt ausgewiesen. International gebräuchlich für die Umrechnung der Einkommen ist die modifizierte OECD-Äquivalenzskala (Erste erwachsene Person: 1.0; zweite erwachsene Person: 0.5; Kinder unter 14 Jahren: 0.3; Kinder 14 und mehr Jahre: 0.5).

Inwieweit die OECD-Skala den Verhältnissen der Schweiz gerecht wird, ist nicht unumstritten (vgl. Künzi & Schärler 2004, 209-212). Bei der Umrechnung der vom VSAM festgelegten Einkommensgrenzen verwenden wir die OECD-Skala, um möglichst weitgehend eine Vergleichbarkeit mit anderen Studien, namentlich der Untersuchung von Müller et al. (2004) herzustellen.

Mittelstandseinkommen

Das Mittelstandseinkommen lässt sich einerseits über politische Einkommensgrenzen andererseits über relative Einkommensgrenzen definieren. Politische Einkommensgrenzen beruhen teilweise auf Warenkorbstandards (z.B. die Einkommensgrenze der Sozialhilfe). Als Mittelstandseinkommen definiert der VSAM für die Erwerbshaushalte ein Bruttoeinkommen zwischen 80'000 bis 150'000 Franken pro Jahr für einen Einpersonenhaushalt. Insbesondere in der wissenschaftlichen Analyse ist ein Konzept gebräuchlich, welches das Mittelstandseinkommen über relative Anteile in einer Einkommensverteilung bestimmt. 60 Prozent der Haushalte bilden den «Mittelstand», zwischen den 20 Prozent einkommensschwächsten und den 20 Prozent reichsten Haushalten.

Bruttoeinkommen

Das Bruttoeinkommen bezeichnet das gesamte Einkommen eines Haushalts. Es setzt sich zusammen aus Erwerbseinkommen, Transfereinkommen (Sozialleistungen, wie AHV/IV-Renten, Taggelder, Alimente etc.), Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden etc.) und Mieteinnahmen.

Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen errechnet sich aus dem Bruttoeinkommen, abzüglich der Zwangsabgaben, d.h. der direkten Steuern (Bundessteuer, Kantons-, Gemeinde- und andere Steuern, Quellen- und Liegenschaftssteuern des Erstwohnsitzes) und der Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV/EO-, ALV-, UV-obligatorische und überobligatorische BV-Beiträge, Grundversicherungsprämien der KV, andere Lohnabzüge).

Kurzfristig frei verfügbares Einkommen

Das kurzfristig frei verfügbare Einkommen errechnet sich aus dem verfügbaren Einkommen, abzüglich periodischer Ausgaben mit längerfristiger Verpflichtung, wie Miete, Hypothekarzinsen und Wohnnebenkosten, Zahlungen an die dritte Säule, Prämien für private Versicherungen und übrige Steuern und Entgelte (bspw. Hundesteuer, Militärpflichtersatz).

8 Literaturverzeichnis

Zitierte Publikationen

- Aeppli Roland – KOF (2004): Die Löhne in der Schweiz. Bestimmungsgründe, Entwicklung, Kaufkraft, Studie im Auftrag des VSAM – Verband Schweizerischer Angestelltenvereine der Maschinen- und Elektroindustrie, Zürich: Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich KOF
- BFS Bundesamt für Statistik (2004): Lohnentwicklung 2003, Autorin: Thérèse Jeanloz, Neuchâtel: BFS
- BFS Bundesamt für Statistik (2005): Lohnindex 2004, Medienmitteilung vom 28. April 2005, Neuchâtel: BFS
- EFD Eidgenössisches Finanzdepartement (2003): Entwicklung der Abgaben- und Steuerbelastung in der Schweiz von 1970 bis 2000. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats Vallender vom 14. Dezember 1998 (98.3576)
- Gerfin Michael und Gabrielle Wanzenried (2001): Ausgaben-Äquivalenzskalen für die Schweiz – Eine ökonometrische Untersuchung der Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998 (EVE 1998), Bundesamt für Statistik (Hrsg.), Neuchâtel: BFS
- Hauser Martin, Annik Bänziger und Sabine Stebler (1994): Budgetinzidenz. Wie wird der Mittelstand betroffen? Pilotstudie im Auftrag der Schweizerischen Kader-Organisation, Zürich: Institut für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich
- Jaeger Franz, Urs Bernegger, Christoph Brunner und Robert Hartl (2002): Analyse der Einnahmen der öffentlichen Hand in der Schweiz mit besonderer Berücksichtigung der nicht-steuerlichen Einnahmen und der Sozialversicherungen, St. Gallen: Forschungsinstitut für Empirische Ökonomie und Wirtschaftspolitik
- Künzi Kilian und Markus Schärner – Büro BASS (2004): Wer zahlt für die Soziale Sicherheit und wer profitiert davon? Eine Analyse der Sozialtransfers in der Schweiz, Studie im Auftrag des Schweizerischen Nationalfonds, NFP 45, Zürich/Chur: Rüeegger
- Leu Robert E., René Frey und Brigitte Buhmann (1988): Budgetinzidenz: Wer profitiert von den öffentlichen Leistungen und wer zahlt dafür?, in: Frey René und Robert E. Leu (Hrsg.): Der Sozialstaat unter der Lupe. Wohlstandsverteilung und Wohlstandsumverteilung in der Schweiz, Basel/Frankfurt a.M.: Helbing & Lichtenhahn, 149-173
- Leu Robert E., Stefan Burri und Tom Priester, Hrsg. (1997): Lebensqualität und Armut in der Schweiz, Bern: Haupt
- Müller André, Michael Marti und Renger von Nieuwkoop – Ecoplan (2001): Globalisierung und die Ursachen der Umverteilung in der Schweiz. Analyse der strukturellen und sozialen Umverteilungen in den 90-er Jahren mit einem Mehrländer-Gleichgewichtsmodell, Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft, Bern: seco
- Müller André, Michael Marti, Robert Oleschak und Stephan Osterwald – Ecoplan (2004): Verteilung des Wohlstands in der Schweiz. Studie im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Bern: Ecoplan
- OECD (2004): Revenue Statistics 1965-2003. Statistiques des Recettes Publiques, Paris: OECD

Artikel

- «Der Mittelstand wird ausgepresst», von Nationalrat Hermann Weyeneth, Pressekonferenz der SVP Schweiz vom 17. Februar 2003, Medienmitteilung des SVP Pressediensts vom 17. Februar 2003
- «Nachruf auf den Mittelstand», von FDP-Presseschef Christian Weber, Medienmitteilung des FDP Pressediensts vom 17. Juni 2004

«Die Verlierer – Steuern, Abgaben, Gebühren: Eine Schwiezer Mittelstandsfamilie liefert heute einen höheren Anteil ihres Verdienstes ab als ein Einkommensmillionär», Artikel von Markus Schneider in der *Weltwoche*, Nr. 4 2003, 32-37

Weitere Publikationen zum Thema

- Bauer Tobias und Beat Baumann – Büro BASS (1996): Verteilung und Besteuerung im Kanton Baselland, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien, Bern: BASS
- Bauer Tobias und Stefan Spycher – Büro BASS (1994): Verteilung und Besteuerung im Kanton Zürich. Eine Analyse der Staatssteuerstatistiken 1945-1991, Bern: BASS
- Bauer Tobias, Silvia Strub und Heidi Stutz – Büro BASS (2003): Materialien zum NFP-Projekt «Familien, Geld und Politik», Forschungsprojekt Nr. 4045-059627 im Rahmen des NFP 45 «Probleme des Sozialstaats», Bern: BASS
- Bauer Tobias, Silvia Strub und Heidi Stutz – Büro BASS (2004): Familien, Geld und Politik. Von den Anforderungen an eine kohärente Familienpolitik zu einem familienpolitischen Dreisäulenmodell für die Schweiz, Studie im Auftrag des Schweizerischen Nationalfonds, NFP 45, Zürich/Chur: Rüeegger
- BFS Bundesamt für Statistik (2004): Einkommens- und Verbrauchserhebung 2002 (EVE 2002): Grosse Einkommensunterschiede zwischen den Privathaushalten, Medienmitteilung vom 23. November 2004
- Bucher Adrian (1998): «Sind unsere Löhne höher als früher?» - «Werden die Reichen immer reicher?» Eine Analyse der Ergebnisse der Zürcher Staatssteuerstatistiken 1934 bis 1995, *statistik.info* 16/1998, Zürich: Statistisches Amt des Kantons Zürich
- Buhmann Brigitte I. (1988): Wohlstand und Armut in der Schweiz, Chur: Rüeegger
- Flückiger Yves (2000): Folgen des aktuellen Wandels der Arbeit, in: Suter Christian (Hrsg.): Sozialbericht 2000, Zürich: Seismo, 52-73
- Förster Michael und Marco Mira d'Ercole (2005): Income Distribution and Poverty in OECD Countries in the Second Half of the 1990s, OECD Social, Employment and Migration Working Paper, No. 22, Paris: OECD
- Stamm Hanspeter, Markus Lamprecht und Rolf Nef (2003): Soziale Ungleichheit in der Schweiz. Strukturen und Wahrnehmungen, Zürich: Seismo
- Stamm Hanspeter, Markus Lamprecht, Rolf Nef, Dominique Joye und Christian Suter (2001): Die Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit in der Schweiz. Zusammenfassung des Schlussberichts zu einem vom Schweizerischen Nationalfonds geförderten Projekt, Bern: SNF
- Streuli Elisa und Tobias Bauer (2001): Working Poor in der Schweiz. Eine Untersuchung zu Ausmass, Ursachen und Problemlage, *info:social*, Fakten zur Sozialen Sicherheit, April 2001, Nr. 5, Bundesamt für Statistik, Neuenburg
- Suter Christian, Hrsg. (2000): Sozialbericht 2000, Zürich: Seismo